



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

51. Sitzung (öffentlich)

4. Februar 2004

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte:**

- 1 Neue Steuergegenstände der Vergnügungssteuer nach Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes..... 1**
  - Bericht durch MR Längen (IM)..... 1
  - Diskussion ..... 3
  
- 2 Politische Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen verbessern!..... 6**

Drucksache 13/4413  
Information 13/886

  - Bericht durch MR Plückhahn (IM)..... 6
  - Ergebnis..... 11

- 3 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005 ..... 11**  
Vorlage 13/2536
- Ergebnis..... 11
- 4 Gesetz zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes ..... 11**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4503
- Diskussion ..... 11
  - Ergebnis: *beschlossen*..... 12
- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen (Landes-Hafenentsorgungsgesetz) ..... 13**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579
- Ergebnis: *beschlossen*..... 13
- 6 Daseinsvorsorge im Spannungsverhältnis von Allgemeinwohl und Wettbewerb ..... 13**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4558
- Diskussion ..... 13
  - Ergebnis: *beschlossen*..... 15

- 7 Gegen Wildwuchs bei der Windkraft – Umsteuern tut Not..... 15**  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4563
- Diskussion ..... 15
  - Ergebnis: *abgelehnt*..... 17
- 8 Das beste Personal für unsere Kinder – Für eine Stärkung der Attraktivität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung..... 17**  
Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4694
- Ergebnis..... 18
- 9 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben – Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern – Steuerrückstände schmälern..... 18**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN  
Drucksache 13/4738
- Ergebnis..... 18
- 10 „Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und Flexibilisieren“  
Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung  
wahren ..... 18**  
Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4740
- Diskussion ..... 18
  - Ergebnis: *abgelehnt*..... 19

**12 Sachlich gebotene Novelle der Abwasserabgabe anpacken..... 19**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4742

- Ergebnis: *ohne Votum* ..... 19

**Nach Abhandlung der Tagesordnung ..... 19**

- Bericht durch MDgt Winkel (IM) zu Listenverbindungen in Räten.... 19
- Ergebnis..... 20

\* \* \*

**StS Krings (IM)** merkt an, da es sich hier um eine reine Rechtsauslegung handele, habe man das Anliegen heute vortragen, um gemeinsam darüber zu diskutieren. Die gemeinsam gefundene Plattform könnte, wenn gewünscht, Grundlage einer für die nächste Sitzung vorzulegende Vorlage sein.

**Heinz Wirtz (SPD)** regt an, die Ausführungen von heute erst einmal wirken zu lassen, und bittet um Berichterstattung des laufenden Prozesses zu etwas fortgeschrittener Zeit, wenn entsprechende Erfahrungen vorlägen und bekannt sei, welche Kommunen von diesem Recht Gebrauch machten. – Dem schließt sich der **Ausschuss** an.

### **3 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005**

Vorlage 13/2536

**Vorsitzender Jürgen Thulke** merkt an, zu Ziffer 1 dieser Vorlage sei neben der Zustimmung des Schulausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses auch die Zustimmung des Ausschusses für Kommunalpolitik erforderlich. Mit der gestern geleiteten Vorlage 13/2264 sei die Verordnung redaktionell korrigiert worden.

Ohne Aussprache stimmt der **Ausschuss** der Ziffer 1 der Verordnung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

### **4 Gesetz zur Änderung des Landestierkörperbeseitigungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4503

**Vorsitzender Jürgen Thulke** leitet ein, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum am 13. November 2003 federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie zur Mitberatung an den AKo überwiesen worden. Er rege an, diesen wie andere Tagesordnungspunkte zur Mitberatung heute abzuschließen.

**Ursula Bolte (SPD)** hält es aus kommunaler Sicht für dringend geboten, dass der Gesetzentwurf verabschiedet werde. Es sei eine grundsätzlich andere Lage dadurch eingetreten, dass eben nicht mehr diese Erzeugnisse der Landestierkörperbeseitigungsanstalten als Futter verkauft werden dürften. Die BSE-Krise sei sicherlich der wesentliche Auslöser dieser Änderung gewesen. Nachdem die auf dem Sektor früher erwirtschafteten Mittel nicht mehr flössen, sei die Tierkörperbeseitigung zu einem Zuschussgeschäft geworden. Wie von der EU vorgegeben, sei es deshalb nach dem

Verursacherprinzip richtig, diejenigen zu einem gewissen Anteil mit zur Kostentragung heranzuziehen, die die Kosten auslösten. Von daher stimme ihre Fraktion dem Gesetzentwurf zu.

**Franz-Josef Britz (CDU)** kündigt an, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf, wie bereits im Plenum ankündigt, ebenfalls zustimme. Zu fragen sei heute, ob das Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten solle, da die ursprüngliche Inkraftsetzung für den Jahresanfang geplant gewesen sei.

**OAR Herbertz (MUNLV)** bestätigt, das angestrebt sei, das Gesetz zum 1. Januar 2004 in Kraft treten zu lassen und nach Möglichkeit auch rückwirkend anzuwenden. Dies sei nach Auskunft der Juristen möglich.

**Reinhold Sendker (CDU)** geht auf Nachfragen ein, die vom Landwirtschaftsverband Westfalen-Lippe Nachfragen insbesondere zu Verfahrensregelungen und zur Herausnahme der EU-getesteten Tiere aus dieser Regelung an das Ministerium gerichtet geworden seien, und will wissen, ob man sich dazu bereits geäußert habe.

**OAR Herbertz (MUNLV)** antwortet, es gehe dabei um mehr als 24 Monate alte Rinder, die auf BSE getestet werden müssten. Die Entsorgung dieser Tiere werde zu 100 % aus Landesmitteln finanziert.

**Manfred Palmen (CDU)** will noch wissen, wieso das Gesetz, das auf einer EU-Regelung basiere, auf fünf Jahre befristet sei.

**StS Krings (IM)** antwortet, nach langer Beratung innerhalb der Landesregierung sei man zu dem grundsätzlichen Schluss gekommen, dass man auch die Umsetzung von EU-Rechten befristen könne, da auf der Ebene oft ein schneller Wechsel von Meinungen und Rechtsgrundlagen herrsche.

Der **Ausschuss** nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4579 mit den Stimmen alle Fraktionen an.